



**Lüpertz-Steinhart-Wachter:
Problemorientierte Einführung
in die Volkswirtschaftslehre.
Westermann Verlag, 10. Auflage
(2023).**

Der Eindruck täuscht. Ein paar Windräder auf dem Titelbild machen noch kein Lehrbuch, das Ökonomie und Nachhaltigkeit versöhnen würde. Und doch mag es sein, dass die Autoren des 620 Seiten starken Lehrwerks für die gymnasiale Oberstufe (speziell Niedersachsen) genau diesen Versuch unternehmen wollten. Einige positive Ergänzungen zu traditionellen Lehrbuchdarstellung zeigen den guten Willen - und dass eine progressive Lehrbuchdidaktik an den Wänden von Curricula und der überkommenen wissenschaftlichen Lehrtradition

abprallen muss.

Nachhaltigkeitsbegriff:

Wenn das Hauptkapitel zur Nachhaltigen Entwicklung ab Seite 570 das letzte des Lehrwerks ist, dann ist natürlich sofort klar, dass Nachhaltigkeit kein „grüner Faden“ der Gesamtdarstellung sein kann. Hinzu kommt, dass Nachhaltigkeit fast ausschließlich als ökologisches Konzept verstanden wird. Folgerichtig nennt sich das 15. Kapitel auch „Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung“. Eingeführt wird Nachhaltigkeit allerdings im Zusammenhang mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bereits auf Seite 100: „Nachhaltige Entwicklung ist ein ethisches Leitbild, das allen Menschen und zukünftigen Generationen die Chancen auf ein gesundes, umweltverträgliches und friedliches Miteinander ermöglichen soll.“ Die Formulierung wurde vermutlich auf Grund ihrer sprachlichen Einfachheit gewählt, denn die in Lehrbüchern üblichen Definitionen auf Basis des UN-Brundtland-Berichts aus den 80er Jahren wirken heute etwas hölzern. Leider wird nur das „Magische Dreieck der Nachhaltigkeit“, nicht die Darstellungsart mit ökologischer Vorrangmodell gewählt. Aber auch dieses kennt ja neben der ökologischen auch die soziale und ökonomische Nachhaltigkeit. Es verwundert daher, wenn im weiteren Verlauf der Sachdarstellung praktisch nur die ökologische Nachhaltigkeit thematisiert wird.

Wie eingangs angedeutet versuchen das dreiköpfige Verfassersteam Ökonomie mit vielen Aktualitätsbezügen zu vermitteln. So werden auch die Nachhaltigen Entwicklungsziele bzw. die Agenda 2030 vorgestellt (ohne alle Ziele im Einzelnen zu nennen). Wie schon im Falle der Definition der Nachhaltigkeit geschieht dies in Kurzform im Kapitel zur VGR (S. 101f) und ausführlicher im Kapitel zur Umweltpolitik (S. 598). Dabei ist die Einführung falsch, denn die Agenda 2030 wurde nicht von der Bundesregierung im Jahr 2017, sondern von der UN im Jahre 2015 beschlossen. Im Kapitel Umweltpolitik wird dies korrekt dargestellt. Was allerdings in beiden Lehrtexten wahrheitswidrig behauptet wird, ist, dass die SDGs lediglich die

Entwicklungspolitik betreffen. Sie sollen helfen, „so zu wirtschaften, dass Menschen in anderen Erdteilen nicht benachteiligt werden.“ Die SDGs sollten ein Leitfaden sowohl für Länder des Globalen Nordens und des Globalen Südens sein. Hier verzerrt der Lehrtext das Konzept.

Ökologische Nachhaltigkeit:

Natürlich hat sich die Wirtschaftswissenschaft schon vor der Erfindung des Konzeptes der „Nachhaltigen Entwicklung“ mit Zukunftsfragen, aber auch der Natur als Grundlage des Wirtschaftens befasst. Insofern tauchen ökologische Nachhaltigkeitsaspekte in vielen anderen Zusammenhängen auf. Ausgehend von menschlichen Bedürfnissen (S. 16) wird die Bedürfnisbefriedigung durch Güter aus Grundtatbestand des Wirtschaftens betrachtet. Ein ökologischer Bezug entsteht dadurch, dass wir durch Umweltverschmutzung freie Güter in knappe Güter umwandeln (Luft). Leider wird nicht der Unterschied absolut knapper Güter (Ressourcen) und relativ knapper Güter (im Verhältnis zur Nachfrage) erläutert. Auch bei den Güterarten findet sich keine Unterscheidung nach nachhaltigen Aspekten, lediglich private und öffentliche Güter. Hier wird Marktversagen bei öffentlichen Gütern angedeutet, so dass der Staat diese Güter anbieten muss. Als typisch sind dabei Umweltschutz und -sanierung genannt. Als Beispiel wird ein Cartoon zum Ozonloch geboten, unter dem offensichtlich Politiker stehen, die sagen: „Man könnte, man sollte, man müsste... aber wer will das schon?“ Tatsächlich handelt es sich um ein Beispiel für Politikversagen, nicht Marktversagen, wobei sich im Falle des Ozonlochs die Politik ja tatsächlich als handlungsfähig erwiesen hat. Die Karikatur war schon im Lehrbuch von 2013 enthalten, wird aber nicht richtiger.

Wie schon in anderen Lehrwerken des Autors Lüpertz wird der Begriff Natur statt Boden gewählt (S. 33). Auch wird die Nutzungsart „Lagerstätte für Abfälle“ angeboten. Weiterhin wird Natur als Produktionsfaktor definiert. Dass Natur auch nicht-ökonomisch für Mensch und Flora und Fauna genutzt werden kann bzw. zum Erhalt der ökologischen Lebensbedingungen genutzt werden muss, wird nicht angesprochen. Das wirtschaftswissenschaftliche Axiom der Nutzung der Natur als Ressourcenquelle bleibt in diesem Lehrbuch unangetastet.

Neu in dieser Ausgabe sind kleine Symbolbildchen, die zu Beginn jedes Kapitels neben den dort zu erwerbenden Lernzielen befinden. Die Idee ist gut. Überraschenderweise erscheint zum Thema Wirtschaftskreislauf eine Grafik eines ressourcenbasierten Kreislaufs, der den Materialstrom vom Rohstoff über Verarbeitung und Einzelhandel bis hin zum Müll oder Recycling darstellt (S. 68), wie ich sie grundsätzlich als Ergänzung zum Modell des Wirtschaftskreislauf empfehle. Leider kommt sie aber im folgenden Kapitel an keiner Stelle mehr zur Sprache. Es wird zwar anfangs noch zwischen Güter- und Geldkreislauf unterschieden, aber schon hier spielt Recycling keine Rolle mehr und der übliche monetäre Wirtschaftskreislauf steht umgehend im Mittelpunkt der Sachdarstellung. Es wird mit Input/Output-Tabellen, Gleichungen und der zeichnerischen Darstellung operiert, so dass der finanzielle Kreislaufcharakter des Modells gut verdeutlicht wird, aber die ökologische Basis des Wirtschaftens gerät mit Ausnahme des Symbolbildchens am Kapitelanfang an aus dem Blick.

Dennoch versuchen die Autoren aktuelle mediale Debatten bzw. Schlagworte aus der Umwelt- und Nachhaltigkeitsszene zu berücksichtigen. Neben der erwähnten Agenda 2030 finden sich zahlreiche Illustrationen (meist aus dem Globus Grafikverlag) und auch Abschnitte, die sich Themen widmen wie dem Earth Overshoot Day, Peak Oil,

Glückindizes, Fast Fashion, Verpackungsmüll, Elektroschrott, Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wachstum, Ökosteuern und natürlich (schwerpunktmäßig) dem Klimawandel. Zahlreiche QR-Codes bieten Links zu Webseiten von Fairtrade, Fashionchecker, Clean Clothes Campaign, Ernährung vs. Konsum, Atmosfair (der Link zum Lieferkettengesetz funktioniert leider nicht mehr) oder - hier erstmals in einem deutschen VWL-Lehrbuch - der Gemeinwohlökonomie. Man merkt das Bemühen, diese nachhaltigen Themen irgendwie in den Untersuchungsgegenstand einzubauen. Dabei fehlen im Lehrtext mitunter die Bezüge zum ökonomischen Begriffsinstrumentarium. Nachhaltigkeit wird dann eher als Add-on behandelt.

Ökologisch sehr weitsichtig ist das Kapitel zur Geldpolitik. Die Verfasser wollen aktuelle Trends reflektieren und stellen die Klimastrategie der EZB aus dem Juli 2021 vor (S. 390). Begrüßenswert, dass die EZB sich um „grünen Player“ erhoben hat und ihre geldpolitische Strategie mit Maßnahmen der Klimapolitik abgleichen will. Ihre Erklärung vom Juli 2021 hat zu diesen vier Lehrbuchseiten geführt. Die Perspektive ist für ein Lehrbuch absolut innovativ und verdeutlicht die enge Verzahnung von Wirtschaft, Geld und Umweltfragen. Interessant z. B. die Unterscheidung der Zentralbank in physische Risiken des Klimawandels (Umwelt- und Wohlstandsschäden durch die Klimaänderung selbst) sowie Transitionsschäden (wirtschaftliche Risiken z. B. durch die Einführung von Umweltsteuern, Entwertung des Kapitalstocks). Problem: Die in den Medien gefeierte EZB-Strategie so zeitnah in ein Schulbuch aufzunehmen, birgt die Gefahr der Verbreitung von Fakten, die so nicht mehr aktuell ist, denn einige Teile der Strategie wurden in den darauffolgenden Monaten wieder zurückgenommen.¹ Durch die Aufnahme in das Lehrbuch werden nun sachlich nicht mehr aktuelle Positionen in die Breite getragen.

Soziale Nachhaltigkeit:

Dass Nachhaltigkeit eine soziale Säule hat, ist nur eine kurze Erkenntnis. Auch der Aufbau des deutschen Sozialsystems gerät recht kurz. Dennoch wird in der Sachdarstellung deutlich, dass der Markt als Organisationsform gerade aus Gerechtigkeitssicht große Mängel aufweist. Ein Schwerpunkt des Lehrwerks ist daher die Unterscheidung in primäre und sekundäre Einkommensverteilung (ab S. 289). Verteilungsfragen werden anhand verschiedenster statistischer Indizes (Lohn- und Gewinnquote, der Lorenz-Kurve und Gini-Koeffizient) aufgearbeitet. Gerade die Gewinnquote als Pendant zur Lohnquote wird ja in vielen Lehrbüchern gerne ausgespart. Allerdings finden sich in der Interpretation gewisse Lücken, z. B. fehlt die Einordnung der starken Steigerung der Gewinnquote durch die Hartz-Gesetze und den Zusammenbruch in der Weltfinanzkrise. Auch die Bereinigung der Lohnquote findet nicht statt, stattdessen unterstellt der Sachtext, dass Arbeitnehmer inzwischen zu großen Teilen auch Vermögenseinkommen beziehen, was auf die untere Hälfte der Einkommensbezieher nicht zutrifft. Ungewöhnlich in diesem Lehrbuch ist die Auflistung der 10 reichsten Deutschen (2021), die Verteilungsfragen - wenn auch etwas boulevardesk - in den Fokus rückt. Zeitgemäß ist auch die gesonderte Betrachtung des Themas Altersarmut auf sechs Seiten (300-305), z. B. anhand der sogenannte Altersrisikoquote.

Globale Gerechtigkeitsaspekte hingegen sind rar gesät. Gerade das Thema Globalisierung gerät kurz und neigt zur naturgesetzlichen Darstellung auf Grund

¹ Bayona, Michelle: „EZB-Klimapläne laufen ins Leere“. Greenpeace-Nachricht vom 26.07.2023.
<https://www.greenpeace.de/klimaschutz/finanzwende/ezb-klimaplaene-laufen-ins-leere>

technologischer Entwicklungen. Als Ausnahme kann das Thema Fast Fashion gelten, das an mehreren Stellen im Lehrwerk angesprochen wird, z. B. in einem längeren Basistext zu einer Aufgabe zum Thema Arbeitsmarkt, die Arbeitsbedingungen in den globalen Zusammenhang rückt (S. 310).

Ökonomische Nachhaltigkeit:

Was ist „ökonomische Nachhaltigkeit“ überhaupt? Möglicherweise werden hier auch die profiliertesten Nachhaltigkeitsexpert*innen ins Schwimmen kommen. Im Internet finden sich dazu die absonderlichsten Definitionen. Von ökologischen Geschäftsmodellen, über Berücksichtigung der Wirtschaft in der Geographie bis hin zur Maximierung des Ertrags bei stabilem Ressourceneinsatz stiften Webseiten und Lehrvideos mehr Verwirrung als Durchblick. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags hatte 1998 insbesondere die Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft als Weg zur ökonomischen Nachhaltigkeit im Blick.² Am Ende scheint Wikipedia als Quelle die didaktisch operationalisierbarste Definition zu geben: „Eine Gesellschaft sollte wirtschaftlich nicht über ihre Verhältnisse leben, da dies zwangsläufig zu Einbußen der nachkommenden Generationen führen würde. Allgemein gilt eine Wirtschaftsweise dann als nachhaltig, wenn sie dauerhaft betrieben werden kann.“³

Vermutlich jeder Lehrbuchautor und jede -autorin dürfte - vor allem, wenn wieder einmal das Stabilitätsgesetz von 1967 als sakrosankte Richtschnur für alles staatliche Handeln herhält (Kapitel 7) - überzeugt sein, dass die eigene Lehrbuchdarstellung ja zur Dauerhaftigkeit des Wirtschaftssystems beiträgt. Dazu bedürfte es dann eigentlich keines Bezugs zu einer „ökonomischen Nachhaltigkeit“. Dieser wird auch nicht expressis verbis hergestellt, aber dennoch bietet das Lehrbuch von Lüpertz/Steinhart/Wachter eine Besonderheit: die ausführliche Betrachtung des öffentlichen Finanzwesens. Der Staat als planende Einheit ist - auch im Sinne einer starken sozialen Ausrichtung der Marktwirtschaft - von großer Bedeutung. Hinzu kommt, dass das Thema Staatsfinanzen seit der Euro-Krise in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich zugenommen hat. Im Kapitel 14 werden der „Öffentlichen Finanzwirtschaft“ 30 Seiten gewidmet. Das ist zunächst einmal großartig, damit wird ein bisher zumeist vollkommen ignoriertes, politisch aber enorm wichtiges ökonomisches Feld analysiert. Begriffe wie Haushaltsplan, Gebietskörperschaften, Nettokreditaufnahme, Abgabenquote, Länderfinanzausgleich, Public Private Partnership werden hier endlich einmal ausführlich erläutert. Aber: Es fällt ein stark neoliberaler Ton auf, der den Staat als Korrektiv des Marktes abwertet. Den Erklärungen liegt durchweg ein Subtext zu Grunde, der z. B. Staatsschulden als gesellschaftliches Problem begreift. Hintergrund ist eine mikroökonomische Sichtweise auf das Kreditwesen, das die Ersparnisse der Haushalte (oder anderer Wirtschaftssubjekte) als Basis des Kreditangebots begreift (S. 561). In dieser Sichtweise stehen staatliche Schulden in Konkurrenz zu privaten Krediten, so dass sich für letztere der Zins verteuert. Dies ist empirisch falsch. Geschäftsbanken

² Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ Abschlussbericht an den Deutschen Bundestag. 1998. <https://dserver.bundestag.de/btd/13/112/1311200.pdf>

³ Drei-Säulen-Modell (Nachhaltigkeit). [https://de.wikipedia.org/wiki/Drei-S%C3%A4ulen-Modell_\(Nachhaltigkeit\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Drei-S%C3%A4ulen-Modell_(Nachhaltigkeit))

verteilen keine Ersparnisse an Kreditnachfrager um, sondern schöpfen Giralgeld (gegen angemessene Sicherheiten) neu, unabhängig von ihren Spareinlagen.⁴

Marktliberal wirkt auch die Bias zur Public Private Partnerships (S. 563). Es werden lediglich die Vorteile genannt. Dass die - sehr umstrittene - Übernahme öffentlicher Aufgaben durch privatrechtliche Unternehmungen auch Nachteile haben könnte (Preissteigerungen, Verschlechterung der Versorgung der Bürger in der Breite) wird nicht angesprochen.

Der marktliberale Blick auf den Staat beißt sich mit den Ausführungen zur Geldpolitik einige Kapitel zuvor. So werden hier z. B. Bedenken geäußert, dass die Finanzierung von Wahlversprechen (als Beispiel wird die Elektromobilität genannt) durch Staatsschulden eine „Lastenverschiebung auf künftige Generationen“ beinhalte (S. 549) - eine Sichtweise, der im früheren Kapitel explizit kritisch verneint worden war (da Staatspapiere als Vermögen ja auch an die nächste Generation vererbt werden, S. 445). Eine Erklärung für solche (ideologischen) Widersprüche könnte sein, dass unterschiedliche Personen des Verfasserteams hier ihre subjektiven Bewertungen einfließen ließen.

Gerade die Ausführungen zur Staatsverschuldung (S. 441f) wirken insgesamt doch uneinheitlich und verwirrend. „Die folgenden Abbildungen zeigen, dass die Staatsschulden seit 1970 stark gestiegen sind und inzwischen ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen haben.“ Die Schuldenstandsquote von 90% „gilt“ als bedrohlich. Die Autor*innen haben offenbar nicht mitbekommen, dass die wissenschaftliche Gültigkeit der 90% auf einem Rechenfehler beruht.⁵ Als vermeintlicher Beleg wird eine ominöse Globus-Grafik zur Schuldenentwicklung in Deutschland abgebildet, die den schieren Anstieg der Verschuldung seit 1960 als „besorgniserregend“ zu belegen scheint und die leider auch in anderen wirtschaftspädagogischen Publikationen ihr Unwesen treibt.⁶

In den Ausführungen zur Schuldenbremse und den Defizitkriterien des Maastricht-Vertrags finden sich weitere problematische Aussagen:

- „Tendenziell führt eine staatliche Kreditaufnahme zu einem Anstieg des Zinsniveaus (S. 444).“ Das ist zwar (in der neoklassischen Marktheorie) Lehrmeinung, ist aber umstritten, da das Zinsniveau exogen durch die Notenbank festgelegt wird. Aber selbst wenn man dieser Lehrmeinung anhängt, dann führt ja jede Kreditnachfrage zu einem steigenden Zins (nicht nur jene des Staates).
- „Länder mit hoher Staatsverschuldung haben nicht notwendigerweise eine hohe Inflationsrate (z. B. Deutschland) (S. 444).“ Die Bundesrepublik hatte im internationalen Vergleich seit seiner Gründung noch nie eine hohe Schuldenstandsrate.

Dennoch zeichnet sich Kapitel 10 zur Wachstums- und Konjunkturpolitik (nicht Kapitel 14 zu den öffentlichen Finanzen) durch den Versuch zur ausgewogenen Darstellung aus. In der Beurteilung der Staatsverschuldung findet sich der Hinweis,

⁴ Vgl. Hörmann, Franz: „Argumente gegen die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Schadens von Banken bei Kreditausfällen aufgrund der buchtechnischen Giralgeldschöpfung“.
https://s3b109ef3b956c628.jimcontent.com/download/version/1519797694/module/7077249811/name/Gutachten_Giralgeldschöpfung-F_Hoermann.pdf

⁵ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/panne-mit-excel-tabelle-rogoff-und-reinhart-haben-sich-verrechnet-a-894893.html>

⁶ <https://www.vwl-nachhaltig.de/home/artikel/staatsschulden/>

dass Staatsverschuldung aber zur Umverteilung nach oben führen kann. (S. 445) (Vergessen wird, dass Staatsausgaben aber auch sozialpolitisch motiviert sein können.) Außerdem wird korrekterweise in Inlands- und Auslandsschulden differenziert. Doch ist dann nicht nachvollziehbar, warum Staatsschulden an anderer Stelle als pauschales Problem gewertet werden.

Wachstumsdebatte:

Kritisch und voller Widersprüche präsentiert sich das Lehrwerk zur Wachstumsfrage. Wie in den meisten schulischen Lehrbüchern wird das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsmaß hinterfragt. Tatsächlich werden die einzelnen Kritikpunkte auch optisch so deutlich hervorgehoben und inhaltlich ausgeführt, wie ich es bisher noch in keinem Lehrbuch gesehen habe (S. 89). Es fehlt lediglich der Aspekt, dass das Inlandsprodukt nur die inländische Leistung berechnet, anstatt - wie das Nationaleinkommen - auch die im Inland verfügbaren Einkommen.

Danach folgen die „Ansätze zur Verbesserung der Aussagefähigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ mit Darstellungen von Ökoinlandsprodukt und UGR, sozialen Indikatoren, Ausführungen zur Glücksforschung sowie einem Abschnitt zum „qualitativen Wachstum“ (S. 94f). Es wird jeweils auch angesprochen, welche Nachteile solche Indikatoren haben (mangelnder Überblick, unklare Glücksdefinition). Mit der Vorstellung der alternativen Indikatoren ist die Thematik im restlichen Buch allerdings auch nicht mehr relevant. Dort wird - letztendlich nicht aufgearbeitet - das BIP als alleiniger Indikator des Wirtschaftens verwendet.

Drei Seiten bietet das Lehrbuch zum Thema „Grenzen des Wachstums“ (S. 98f). Der Autor verweist noch einmal auf Umweltschäden, die in der VGR ja als Wachstumstreiber zählen und erläutert dann die Machart der Club of Rome-Studie von 1972. Auch die Malthussche Kritik am Bevölkerungswachstum wird in einem eigenen Abschnitt erläutert. Insgesamt zieht sich durch das Kapitel ein Subtext, der Wachstumskritik eher kritisch sieht und die Vorzüge des Wachstums betont. Umso erstaunlicher ist dann der Abschnitt zum „exponentiellen Wachstum“. Dort werden die ökologischen Probleme aus mathematischer Sicht diskutiert. Denn bei gleichbleibender Wachstumsrate würde sich die Güterproduktion ja beschleunigen und innerhalb weniger ver-x-fachen. Der Autor bietet als Resümee das mittlerweile bekannte Zitat (des hier nicht genannten Kenneth Boulding) „Jeder der glaubt, dass exponentielles Wachstum für immer weitergehen kann in einer endlichen Welt, ist entweder ein Verrückter oder ein Ökonom.“ Doch die auf der Hand liegende Schlussfolgerung, dass Wachstumsraten in allen Volkswirtschaften im Zeitablauf tendenziell sinken müssen, ziehen die Autoren nicht. Stattdessen verweisen sie - im Sachzusammenhang an dieser Stelle vollkommen deplatziert - auf die Wachstumsbegrenzung bedingt durch Klimagase.

Im Aufgabenapparat (S. 105-113) dominieren Aufgaben zur buchhalterischen Darstellung der VGR. Philosophisch/ethische Betrachtungen, die im Kapitel zur VGR sehr extensiv angelegt waren, werden nicht mehr aufgegriffen. Lediglich eine Aufgabe zum exponentiellen Wachstum bewegt sich in der Logik der Unmöglichkeit desselben (siehe Schachbrett-Geschichte), wiederum aber ohne zu dem Schluss zu kommen, dass Wachstumsraten in der Realität statistisch sinken müssen.

Wie in praktisch allen schulischen Lehrwerken werden die obigen Argumente gegen das BIP bzw. das Wachstum spätestens in den Ausführungen zur Konjunktur (S. 408f) komplett irrelevant. Zwar wird eingeräumt, dass Wirtschaftswachstum kein

Selbstzweck ist (S. 411), aber es wird unkritisch behauptet, dass sich automatisch die Güterversorgung verbessere, der Wohlstand der Bevölkerung stiege, Arbeitsplätze gesichert und ausgebaut würden, sowie sich Verteilungskonflikte abmildern ließen (in jedem Fall richtig ist die Steigerung der Steuereinnahmen - sofern es nicht zu Steuerreformen gekommen ist). Alle ökologischen und verteilungspolitischen Einwände werden vergessen und somit „Wachstumspolitik“ gefordert (zur Förderung von Gewinnerwartungen und Produktionspotential, aber auch Bildung- und Forschung).

Kurios: Auf den Seiten 410 und 412 finden sich zwei illustrative Zeichnungen, die die Grafik des Konjunkturzyklus ausgerechnet in natürliche Umgebungen einbetten, wobei der Wachstumspfeil jeweils in den Himmel geht - eine Versinnbildlichung des immerwährenden Wachstums, den keine Grenzen gesetzt sind. Dass sich die Autoren hier zu ihren Ausführungen im Kapitel zur VGR widersprechen, scheint ihnen nicht bewusst zu sein. In der systematischen Grafik sind Rezession und Depression auch wieder mit sinkenden Produktionszahlen auf der Y-Achse verbunden, ein Fakt, der in rezessiven Zeiten nicht immer gegeben sein muss. Der Wachstumspfad wird mit dem „Produktionspotenzial“ identisch gesehen - angesichts von 50 Jahren Massenarbeitslosigkeit ist diese Gleichsetzung jedenfalls zu hinterfragen.

Und auch das Kapitel zu wirtschaftspolitischen Konzepten tritt auf der Stelle der langjährigen Lehrbuchtradition: „Die wirtschaftspolitischen Vorschläge zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind - auch in Deutschland - von einer Kontroverse zwischen Vertretern einer angebotsorientierten und einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik geprägt.“ (S. 424) Der erste Satz der Einleitung ins Thema offenbart schon die drei Glaubenssätze des ökonomischen Mainstreams, deren Hinterfragung bereits nach dem Konjunkturkapitel kaum noch zu erwarten war:

1. Wirtschaftswachstum ist per se positiv und sollte politisch gefördert werden.
2. Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind zwei Seiten einer Medaille.
3. Es gibt nur zwei konkurrierende wirtschaftspolitische Konzepte.

Damit ist eine wirtschaftspolitische Konzeption mit Vereinbarkeit von Nachhaltigkeit praktisch ausgeschlossen und dies wird durch die folgenden knapp 30 Seiten auch so belegt. Dabei ist das Lehrwerk im Sinne der konventionellen Ökonomik sehr fundiert und umfassend. Wie die Wirtschaftsdidaktik insgesamt neigt es aber dazu, auch defacto überholte Lehrmeinungen in seine Sachdarstellung zu integrieren. So wird der antizyklischen Fiskalpolitik immer noch ein Konflikt mit der Preisniveaustabilität (der in den 70 Jahren mit zur neoliberalen Wende führte) angekreidet. Auch Okuns Gesetz (2% Wachstum nötig zur Vollbeschäftigung) wird unhinterfragt weitergegeben - und das obwohl sich gleich im Anschluss erneut die Feststellung findet: „Bei der Interpretation der abnehmenden Wachstumsraten im Zeitablauf und im Vergleich mit anderen Ländern ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei einem ständig steigenden BIP der in Prozent ausgedrückte Zuwachs üblicherweise zwar abnimmt, die mengenmäßige Veränderung der Güterproduktion aber trotzdem größer sein kann als bei einem niedrigerem BIP-Ausgangswert mit hohen prozentualen Zuwachsraten.“ (S. 439). Es bleibt ein Geheimnis, wie dann die im Stabilitätsgesetz genannten 2,5%-3% Wirtschaftswachstum erreicht werden sollen (S. 320).

Es wird Zeit für Postwachstumstheorie. Und siehe da, unter der Überschrift „Nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle“ stellt der vorletzte Abschnitt des Lehrbuches (S. 599ff) erstmals in einem schulischen VWL-Lehrwerk die die Ideen

des Postwachstumsökonomen Niko Paech vorgestellt. Diskutiert und bewertet wird das revolutionäre Konzept weder im Lehrtext noch im Aufgabenteil. Es befindet sich sozusagen im Anhang und passt nirgends sonst in die Sachdarstellung.

Wertgrundlagen:

Als Lehrbuch für die gymnasiale Oberstufe sollen Lernende auch für ein volkswirtschaftliches Studium vorbereitet werden. Neoklassische Markttheorie wird in den Kapiteln Haushaltstheorie, Produktionstheorie und Preisbildung auf Märkten ausführlich behandelt. Dabei wird eingeräumt, dass Grundlage der Theorie die Annahme eines Homo Oeconomicus ist (S. 126). Dieser wird zu Beginn des Lehrbuchs als Modell in aller Ausführlichkeit beschrieben und anschließend kritisch hinterfragt: „Modelle, deren Ergebnisse nicht durch Erfahrung überprüft werden können, weil die zugrunde liegenden Bedingungen nicht deutlich genug formuliert sind oder realitätsfremde Verhaltensannahmen nicht schrittweise in die Realität angepasst werden (z. B. Modell des *Homo Oeconomicus*) leisten keinen Beitrag zur Erklärung der Wirklichkeit (S. 23, Hervorhebung, PB).“ Auf den folgenden Seiten werden dann auch andere Erklärungsansätze zur Erklärung des menschlichen Verhaltens vorgestellt (unvernünftiges Verhalten, Fairness und Kooperation statt egoistischer Rücksichtslosigkeit), aber für die restliche Lehrbuchdarstellung spielt diese Kritik keine Rolle mehr. Außer dem Homo Oeconomicus wird auch kein anderes volkswirtschaftliches Modell (Marktmodell, Wirtschaftskreislauf) einem kritischen Abgleich mit der Wirklichkeit unterzogen.

Pluralität:

Eines der größten Probleme der Wirtschaftspädagogik ist die meist zu kurz kommende Pluralität der Theorien. Dies ist einerseits ein Problem der Lehrenden, die gerne anerkannte Wahrheiten über „die Wirtschaft“ unterrichten. Und es ist auch Erwartungshaltung der Lernenden, die klare Orientierung in der Welt erhoffen. Beide Anliegen darf von einer aufklärerischen VWL nicht Genüge getan werden. Und leider bietet die traditionelle Wirtschaftsdidaktik auch wenig Anlass für beide Gruppen, ihre Haltungen zu hinterfragen. Lehrbücher kommen viel zu oft monolithisch und quasi naturwissenschaftlich „rüber“.

Dem vorliegenden Lehrbuch mangelt es an der expliziten Pluralitätsperspektive, indem sie verschiedene wissenschaftliche Meinungen deutlich machen. Wie in der Wirtschaftsdidaktik kanonisiert, geschieht dies eigentlich lediglich zum Thema Homo Oeconomicus und im Bereich der Wirtschaftspolitik. Angebots- und nachfrageorientierte Konzepte werden dort gegenübergestellt. Aus Sicht der Nachhaltigkeit hätte genau hier die wachstumskritische Perspektive erläutert werden müssen. Das Thema Postwachstum wirkt am Ende des Lehrbuchs als Feigenblatt progressiven Denkens.

Es gibt unzählige Themen, die plural unterrichtet werden könnten. Bezeichnend ist das Kapitel zur Geldpolitik (S. 330ff).

Insgesamt fällt es als bemerkenswert aus der üblichen Lehrbuchdarstellung auf. Sehr exakt beschreibt sie auf zehn Seiten der Prozess der Geldschöpfung mittels Kontendarstellung. Auch das Europäische System der Zentralbanken wird in aller Ausführlichkeit und die (monetaristische) Geldpolitik erläutert. Bemerkenswert deshalb, weil zuerst die schulbuchmäßige Darstellung erfolgt, die dann durch

mehrseitige Erklärungen zur praktizierten Geldpolitik der EZB und der FED konterkariert wird.

So wird einerseits die Geldmengenstrategie der EZB beschrieben, um dann einzuräumen, dass die Geldmenge gar nicht steuerbar ist. So wird die Mindestreserve erläutert, um dann zu attestieren, dass die Mindestreserve in der Praxis kein geeignetes Tool ist (376). Der Geldschöpfungsmultiplikator wird über drei Seiten abgeleitet (344-347), um dann auf einer halben Seite Kommentar in seiner Aussagekraft entwertet zu werden (348). Auch die Schwierigkeit, mit Leitzinsen zu steuern, wird eingeräumt. Auf sieben Seiten (378-384) wird die Geldpolitik der EZB seit der Weltfinanzkrise expliziert, die der anvisierten Steuerung der Geldmenge in diversen Aspekten zuwiderläuft (Kauf von Staatsanleihen in der Euro-Krise, Quantitative Lockerung in der Corona-Krise).

Die Abweichungen von der (monetaristischen) Lehrbuch-Ökonomie werden insbesondere damit erklärt, dass die EZB für eine wirtschaftlich sehr heterogene Euro-Zone zuständig sei. So richtig der Hinweis auf Heterogenität von wirtschaftlichen Regionen ist, das Problem hat im Prinzip jede Zentralbank, denn viele Staaten haben mit wirtschaftlich unterschiedlichen Regionen zu tun (in den USA unterscheidet sich der mittlere Westen von der Ostküste). Die dann vorgebrachten Themen zeigen auch viel eher, dass sich die herkömmliche Lehrbuchtheorie als einfach einseitig und in der Praxis untauglich erwiesen hat.

Mit der Betonung auf Sondersituationen wie der Euro-Zone bzw. Krisensituationen der Gemeinschaftswährung oder in der Corona-Krise drücken sich die Verfasser um die Einsicht, dass es auch in der Geldpolitik verschiedene Denkschulen gibt. Um der Pluralität der Erkenntnis mehr Raum zu geben, müssten Lehrbuchautorinnen und -autoren vom Ansatz her mehr Kontroverse zulassen und den Lehrgegenstand weniger „naturwissenschaftlich“ präsentieren. Ein Großteil der in der „Gegenrede“ erläuterten Geldpolitik ließe sich unter der Perspektive der Modern Monetary Theory (MMT)⁷ subsumieren. Doch ein Verweis auf diese (zum monetaristischen Ansatz) konkurrierende Denkschule fehlt in dem Lehrbuch.

Wenn ein Lehrbuch, wie das vorliegende, wissenschaftspropädeutisch auch auf ein Universitätsstudium vorbereiten will, hätte unbedingt ein Kapitel zur Wissenschaftshistorie ergänzt werden müssen, in dem die fachlichen Kontroversen eines gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnisgegenstands zumindest angedeutet worden wären. Im Grundlagenkapitel sind z. B. gleich mehrere Aufgaben mit spieltheoretischem Hintergrund vorhanden. Eine Einführung in die Spieltheorie als alternative wissenschaftliche Herangehensweise wird indes nicht geboten. Wer nicht zwischen den Zeilen des Lehrbuchs liest, wird - gerade auf Grund des starken Anteils neoklassischer Marktmodelle - den Eindruck gewinnen, dass die Ökonomik eine naturwissenschaftliche Disziplin ist.

Sonstiges:

Sehr bedenklich ist das Kapitel zu Wirtschaftsordnungen. Ob Walter Eucken, einer der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft der jungen Bundesrepublik, ein intellektueller Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus war, wie in der Einleitung porträtiert (S. 264), mögen Historiker entscheiden. Etwas eindimensional leitet das Lehrbuch aus Euckens persönlichen Erfahrungen im Nationalsozialismus die

⁷ www.vwl-nachhaltig.de/home/unterrichtsthemen/geldpolitik/

Entwicklung zur sozialen Marktwirtschaft ab. Ohne dessen historisch belegte Opposition zum Nazi-Regime abwerten zu wollen, diese individuelle Haltung Euckens als Gründungsmythos der sozialen Marktwirtschaft zu überhöhen, dürfte geschichtswissenschaftlich mehr als fragwürdig sein. Zumal auf der anderen Seite das historische Gegenmodell zur Marktwirtschaft, die Zentralverwaltungswirtschaft, in dem Kapitel auf eine halbe Seite zusammengedampft wurde. Damit wird das Lehrbuch der historischen Genese unserer Wirtschaftsordnung nicht mehr gerecht und trägt m. E. ein Stück weit zur Geschichtsverfälschung bei. Auch Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack werden als „Gründungsväter“ der sozialen Marktwirtschaft gefeiert (S. 272f), die sich scheinbar allein vor dem Hintergrund der sozialen Probleme des laissez-faire Liberalismus des 19. Jahrhunderts (und nun auch der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus) die soziale Marktwirtschaft entwickelte.

Glücklicherweise findet sich auch eine sehr gelungene Übersichtstafel über die historischen Antworten auf Feudalismus und Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts (S. 274), die neben der „kommunistischen Utopie“ auch der katholischen Soziallehre und der Staatlichen Sozialgesetzgebung unter Bismarck sowie der Arbeiterbewegung einen Anteil an der Entwicklung zur sozialen Marktwirtschaft gibt. Dennoch kommt die Zentralverwaltungswirtschaft für meinen Geschmack zu kurz. Denn neben ihrem Anteil zur Entwicklung zur Sozialen Marktwirtschaft zu Beginn des Kalten Kriegs Ende der 1940er Jahre stellt sie ja immer noch einen gewichtigen Erfahrungshintergrund eines großen Anteils ehemaliger DDR-Bürgerinnen und Bürger auch heute dar (und eine Brücke zur Thematisierung des aktuellen chinesischen Modells). Die weitgehende Ausgrenzung aus dem Erkenntnisgegenstand verhindert eine angemessene Aufarbeitung und ein Verständnis der heutigen Bundesrepublik als Nachfolgestaat zweier unterschiedlicher Wirtschaftssysteme aus wirtschaftstheoretischer Sicht.

Fazit:

Wenn ich diesem Lehrbuch von Lüpertz/Steinhart/Wachter ein Etikett geben müsste, würde ich es die „Enzyklopädie ökonomischer Verwirrung“ nennen. Auf über 600 Seiten findet sich traditionelle Mainstream-Ökonomie Seite an Seite mit unzähligen kritischen Gedanken, progressiven Theorien und ethischen Erwägungen in bester wirtschaftsphilosophischer Tradition Adam Smiths. Was fehlt, ist eine systematische Einordnung von Theorien, tradierten wirtschaftspädagogischen Themen versus alternative Sichtweisen und nachhaltiger Konzepte. Ein plurales Bekenntnis zur Volkswirtschaftslehre als Gesellschaftswissenschaft hätte herkömmliche und kritische oder alternative Sichtweisen gegenübergestellt und die Pluralität des Erkenntnisgegenstands offensichtlich gemacht. Persönlich bedauere ich, dass die Autoren praktisch keine Idee übernehmen, wie ich sie auf meinen Themenseiten ausführlich beschreibe. Die meisten „nachhaltigen“ Bezüge entstammen etablierten medialen Diskursen, denen es aber ihrerseits vielfach an wissenschaftlicher Klarheit und insbesondere Einbettung in ökonomische Diskurse mangelt. Das Lehrbuch greift eine große Zahl nachhaltiger Begrifflichkeiten auf, doch an ökonomisch anschließbaren Begriffen wie den Nachhaltigkeitsstrategien Suffizienz, Ökoeffizienz, Konsistenz und Resilienz, Kreislaufwirtschaft, R-Strategien, Ressourcenproduktivität, Rebound-Effekte herrscht Mangel.

Einmal mehr zeigt sich, dass guter Wille der Verfasserinnen und Verfasser nicht genügt. In diesem Fall wollen sie einerseits Erwartungen der herkömmlichen Mainstream-Ökonomie genügen, andererseits greifen sie aktuelle progressive

Themen der Nachhaltigkeit und kritischen Wissenschaft auf, die einen erheblichen Teil der (neo)klassischen Wirtschaftspädagogik in Frage stellen. Doch gelingt die Integration nicht, nicht zuletzt weil sich Autor*innen und Verlage schwertun, im Lehrbuch seit Jahrzehnten fortgeschriebene Theorien zu streichen, „die keinen Beitrag zur Erklärung der Wirklichkeit“ leisten (S. 23). Am Ende des Lehrbuchs dürften Lernende (und Lehrende) ohne tiefere Einblicke in die Debatten maximal verwirrt sein. Dabei sind die einzelnen Abschnitte zu den diversen Fachbegriffen meist absolut stichhaltig.

Leider ist das Stichwortverzeichnis am Ende des Lehrbuchs etwas knapp geraten. Viele im Lehrbuch ausgeführte Begriffe sind dort nicht auffindbar. Auch als Enzyklopädie eignet sich das Lehrbuch nicht so richtig.